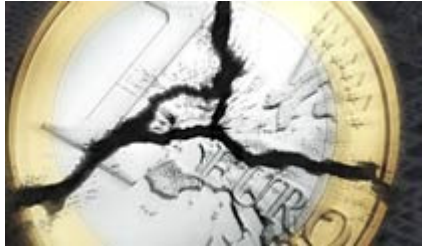


Wer wirklich vom Euro profitiert hat

22.08.2012, 07:18 Uhr | t-online.de - Frank Lansky



Zerbricht der Euro? (Quelle: Archiv)

Neuer Diskussionsstoff in der Schuldenkrise: Die UBS gießt sowohl Wasser auf die Mühlen der Euro-Skeptiker als auch Öl ins Feuer der Befürworter einer Transfer-Union. In einer Studie namens "Who wins with the Euro?" beantwortet die Schweizer Großbank die Frage, wer bislang vom Euro profitiert hat – und wer im Jahrzehnt bis 2010 dafür zahlen musste. Das Ergebnis fällt für Deutschland ernüchternd aus und für die Krisenländer schmeichelhaft. Doch die Analyse ist zwiespältig und verdeutlicht das aktuelle Dilemma in der Euro-Politik.

Deutschland verliert - Krisenländer gewinnen

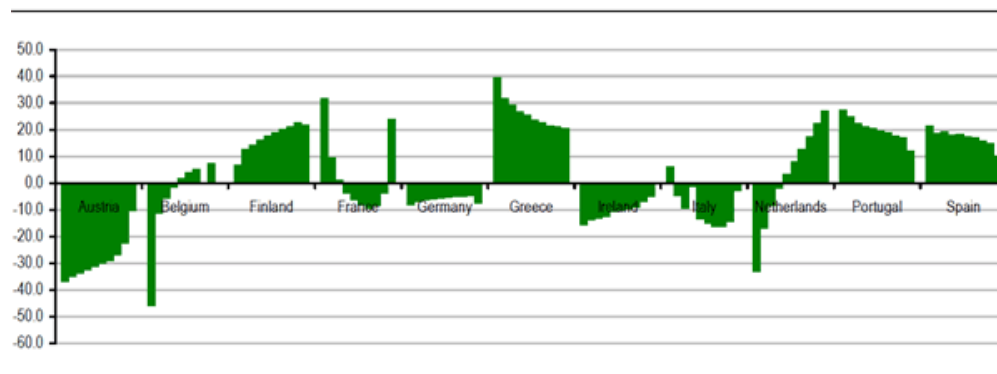
Die UBS ging der Frage nach, wie sich der Lebensstandard im Zeitraum von 2000 bis 2010 verändert hat. Untersucht wurde das real verfügbare Haushaltseinkommen (real disposable household income), also das Einkommen im Verhältnis zur [Inflationsrate](#). Eine weitere Aussage: Untere Einkommen werden von der Teuerung stärker belastet als hohe.

Laut dem Analysten-Team um Paul Donovan haben demnach Griechenland, Portugal und Spanien am meisten vom Euro profitiert. Aber auch Finnland gewann.

Dagegen hätten Deutschland, Irland, Italien und Frankreich einen sinkenden Lebensstandard hinnehmen müssen. Verdeutlicht wird dies durch das grüne

Balkendiagramm. Jeder Balken steht für ein Zehntel der Einkommensgruppe - links sind die Armen eingezeichnet, rechts die Reichen einer Gesellschaft.

Real disposable household income growth in Euro area economies, by income decile, 2000 to 2010, in cumulative % change

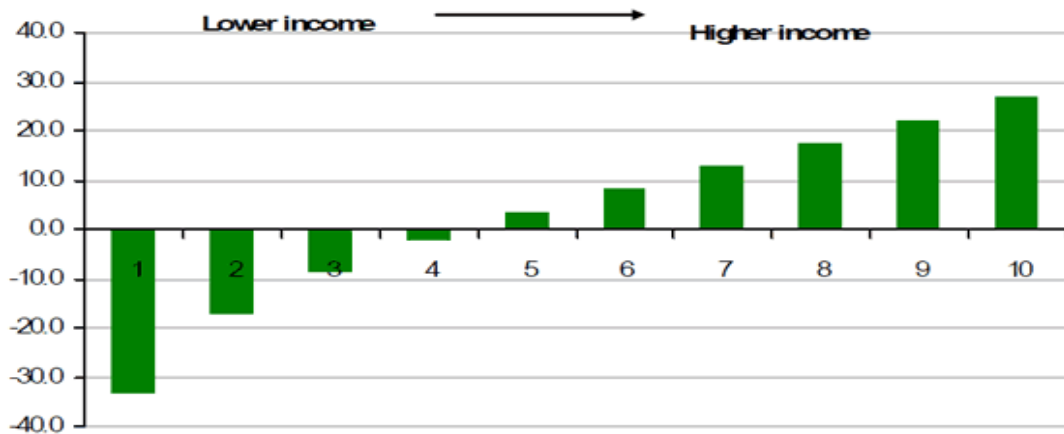


Source: UBS

Deutschland zahlt drauf - Krisenländer profitieren (Quelle: UBS)

Auf den zweiten Blick ist die Sache allerdings nicht mehr ganz so eindeutig. Denn auch die niedrigen Einkommensgruppen in den Kernländern mussten einen Rückgang im real verfügbaren Einkommen hinnehmen. Die Reichen in den Kernländern konnten dagegen mehr Geld ausgeben. In anderen Worten: **Die Armen wurden ärmer – die Reichen wurden reicher, wie sich unten am Beispiel der Niederlande zeigt.**

Cumulative growth in real disposable income in the Netherlands, by income decile, 2000 to 2010 (%)

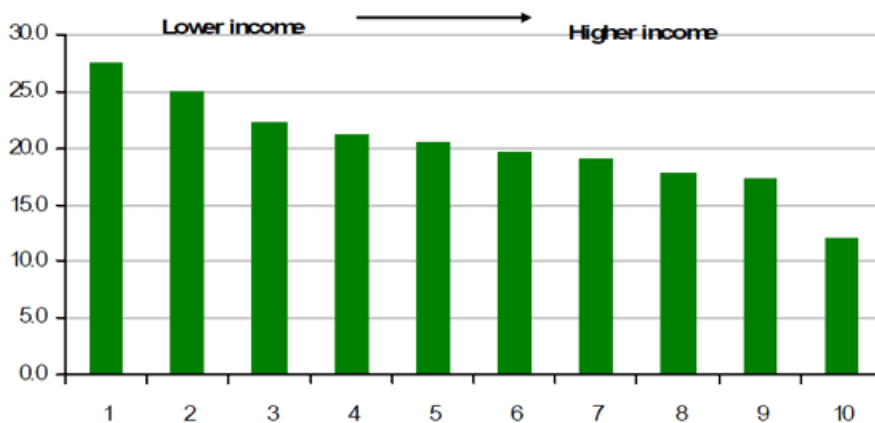


Source: UBS

In den Niederlanden wurden die Armen ärmer und die Reichen reicher (Quelle: UBS)

Und Ergebnis Nummer drei: In den Ländern der Euro-Peripherie legten die Einkommen **aller** gesellschaftlichen Gruppen zu. Kurz: **Hier wurden alle reicher.** Dies verdeutlicht unten das **Schaubild für Portugal.**

Cumulative growth in real disposable income in Portugal, by income decile, 2000 to 2010 (%)



Source: UBS

In Portugal profitierten alle vom Euro (Quelle: UBS)

Argumente für Euro-Skeptiker und Befürworter

Die Schlussfolgerung der UBS-Experten klingt ernüchternd: **Für die meisten Euro-Länder sei der Beitritt zur nicht funktionierenden monetären Union aus ökonomischer Sicht ein Fehler gewesen.** Die Tatsache, dass der Lebensstandard gefallen sei, habe nur zu Ressentiments und Bitterkeit gegen diejenigen Länder geführt, deren Lebensstandard gestiegen sei.

Die Ergebnisse spielten somit eher national gesinnten Politikern im Euro-Zentrum in die Hände, kommentierte die UBS. Denn damit gebe es Argumente für die Aussage, dass die Volkswirtschaften in der Peripherie künftig einen Rückgang im Lebensstandard akzeptieren müssten, den ihre Gegenparts im Zentrum schon hätten hinnehmen müssen.

Dennoch habe der Euro mehr Gleichheit zwischen den Nationen der Eurozone geschaffen, wie sich am Anstieg im verfügbaren Einkommen der niedrigsten Einkommensgruppen zeige. Diese Entwicklung zurückdrehen zu wollen, scheinere "pervers".

X

Europäische Politik im Zwiespalt

Die UBS brachte den europäischen Zwiespalt so auf den Punkt: "Das Problem ist, dass die **Debatte** mit exakt dem selben Argument in **zwei Richtungen** geführt werden kann. **Warum** sollte eine Gruppe von **Ländern die andere zwingen, einen niedrigeren Lebensstandard zu akzeptieren?** Diese Frage könnten die Deutschen den Griechen **stellen** (warum sollten wir zusehen, wie unsere Steuern steigen / das verfügbare Einkommen fällt, damit ihr euer Einkommensniveau halten könnt?)."

Doch weiter heißt es: "**Diese Frage könnten die Griechen auch an die Deutschen richten** (warum sollten wir eine größere Ungleichheit zwischen den Einkommen hinnehmen, wenn wir schon jetzt zu den Ärmsten in Europa gehören und schon unter einer auf Deutschland anstatt auf Griechenland ausgerichteten Geldpolitik leiden?). Beide Fragen haben ihre Berechtigung. Und dies macht eine Lösung nicht einfacher."

Das sind die Schwachpunkte der Analyse

Die Studie unterlegt somit die wachsende Abwehrhaltung gegen den Euro in vielen Ländern mit Daten. Allerdings gibt es Kritikpunkte. Zum einen ist klar, dass die armen Südländer einen höheren Nachholbedarf hatten und deswegen natürlich stärker zulegten. Dieser Fakt wird nur zwischen den Zeilen benannt.

Weiter erfasst die **Analyse nur Zahlen bis 2010**. Seitdem kann kaum eine Rede davon sein, dass der Lebensstand in Spanien oder Griechenland steigt – hier sind Rezession und Arbeitslosigkeit die Realität. Kritiker der Studie dürften zudem anmerken, dass Europa aus einer Umverteilungssicht funktioniert hat – Geld floss aus dem reichen Kern in die arme Peripherie.

Der größte Schwachpunkt der Studie ist jedoch die Tatsache, dass sie die Gründe für das Scheitern der Südstaaten und die alles entscheidende Frage der **Eigenverantwortlichkeit letztlich nicht klar benennt**: **Wenn sich Deutschland einen teuren Länderfinanzausgleich leistet, dann trägt alleine die Bundesrepublik die Kosten dafür.**

Wenn aber Frankreich sein Rentenalter von 62 auf 60 senkt – während Deutschland seine Bürger bis 67 arbeiten lässt – dann ist die Frage, **ob Paris das daraus entstehende Haushaltsloch alleine stopft, oder aber in Zukunft die Nachbarländer über den Verkauf von Staatsanleihen an die Europäische Zentralbank zur Kasse bittet.**

Und wenn Griechenland kein funktionierendes Steuersystem aufgebaut hat, so ist das jetzt zum Problem der gesamten Eurozone geworden.

Ein weiterer Knackpunkt: Bei **Einführung des Euro war nie die Rede von einer Transfer-Union gewesen - eine Vergemeinschaftung von Schulden sollte es nie geben**. Alles in allem bietet die Analyse viel Stoff für neue Diskussionen - und je nach politischem Standpunkt kann sich die eine oder die andere Seite aus ihr bedienen.